

Kommentar Wirtschaftspolitik
2013/30 | 3. Oktober 2013

Bad Ischler Dialog 2013 „In die Jugend investieren“

Der diesjährige „Bad Ischler Dialog“ der österreichischen Sozialpartner war der Thematik „In die Jugend investieren“ gewidmet. Dabei wurden so unterschiedliche Themenbereiche wie Bildung und Förderung, Kinderbetreuung, Lehre und Arbeitsmarkt, Hochschulausbildung, Wohnen oder Gesundheit aufgegriffen und Lösungsansätze für diverse Problemfelder aufgezeigt.

Die österreichischen Sozialpartner sind sich einig: Der zukünftige Erfolg Österreichs hängt von der Jugend ab. „Die Jugend ist die Zukunftshoffnung“, drückt Präsident Leitl diesen Umstand aus und argumentiert, dass Investitionen in die Jugend die besten Investitionen sind, die getätigt werden können.

Dabei müssen diese Investitionen bereits im Kleinkindalter beginnen und ausgebaut werden. Bundesminister Mitterlehner ist davon überzeugt, dass Kinderkrippen und Kindergärten wichtiger sind als je zuvor. Gerade im Kleinkindalter sei die Prägung für die Zukunft wichtig. Auch Bildungsexperte Dräger ist davon überzeugt, dass qualitativ hochwertige Krippen die Entwicklung von Kindern fördern und deshalb ausgebaut werden sollten. Dabei müsse der Fokus aber weg von einer reinen Betreuung hin zu stärkerer Förderung gelegt werden, so Bundesminister Mitterlehner. Ähnlich argumentiert Vizepräsidentin Oberhauser, die dafür plädiert, den Kindergarten von der Reduktion auf „warm-satt-sauber“ hin zu einer Kinderbildung weiterzuentwickeln. Darüber hinaus müsse das Angebot flächendeckend ausgebaut und das Problem der Öffnungs- und Ferienzeiten realitätsnah gelöst werden.

Dem Vorschlag der Sozialpartner eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahrs stehen Bundesminister Mitterlehner und Hundstorfer grundsätzlich positiv gegenüber, Minister Hundstorfer macht aber auf Personalprobleme im Bereich der Kinderbetreuung aufmerksam.

Im Bereich der Bildung und Ausbildung betont Präsident Kaske, dass in Österreich zwar eine generell hohe Zufriedenheit mit dem Schul- und Ausbildungssystem vorherrsche, es jedoch auch zahlreiche Problembereiche gäbe. Präsident Leitl unterstreicht die Notwendigkeit, Begabungen und Talente stärker individuell zu fördern, um damit auch die Kreativität von Kindern und Jugendlichen zu stärken und wendet sich somit gegen Einheits-Lehrpläne. Nur wenn das Kreativitätspotenzial eines Landes aktiviert und die Stärken gefördert werden, könne Österreich wieder Höchstleistungen erzielen. Die Sozialpartner plädieren dafür, den Bildungsabschluss neu zu definieren und demnach die Schulpflicht nicht strikt mit neun Jahren festzulegen, sondern einen Bildungsabschluss erst mit dem Erreichen bestimmter Bildungsziele zu vergeben. Wesentlich seien ebenso eine stärkere Ergebnisorientierung sowie ein höheres Ausmaß an Schulautonomie.

Auch Bildungsexperte Dräger erachtet eine Erhöhung der Schulautonomie zusammen mit einer externen Überprüfung der Ergebnisse als essentiell, um Bildungsergebnisse zu verbessern. Laut Dräger ist das Bildungssystem derzeit vor allem mit vier Problemen konfrontiert: Das erste Problem bezieht sich auf jene Kinder und Jugendlichen, die „durch den Raster“ fallen, d.h. jene Jugendlichen, die nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen können. Das zweite

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorinnen:
Mag. Karin Steigenberger, BA
+43 (0)5 90 900-4262
Karin.steigenberger@wko.at

Mag. Marlis Edlinger, BA
+43 (0)5 90 900-4910
Marlis.Edlinger@wko.at

Problem stellt das „Problem des Mittelmaßes“ dar: Demnach gelingt es dem Bildungssystem nicht, die Besten zu fördern. Ein weiteres Problemfeld thematisiert die soziale Gerechtigkeit: Kinder aus sozial benachteiligten Familien bzw. insbesondere aus Familien mit Migrationshintergrund erzielen viel schlechtere Bildungsergebnisse, was den sozialen Zusammenhalt gefährdet. Das vierte Problem bezieht sich auf den „Skills Gap“, und damit auf den Umstand, dass sich die Anforderungen am Arbeitsmarkt stetig ändern und bestimmte Tätigkeiten und somit Ausbildungen am Arbeitsmarkt nicht mehr benötigt werden, während es für andere Tätigkeitsbereiche nicht ausreichend Absolventen gäbe. Als Lösungsansätze für all diese Probleme schlägt Dräger eine Änderung der Rahmenbedingungen vor, etwa in Richtung Ganztagschulen, erhöhte Schulautonomie oder vielfältigere Unterrichtsmethoden.

Bundesminister Hundstorfer betont die Notwendigkeit, den Jugendlichen viel stärker zu vermitteln, dass ein Pflichtschulabschluss allein zu wenig ist. Besondere Aufmerksamkeit benötigen die sogenannten NEETS, also jene Jugendlichen, die weder einer Arbeit noch einer (Schul-)Ausbildung nachgehen. Präsident Leitl betont, dass 8.000 Jugendliche pro Jahrgang die Pflichtschule nicht positiv beenden oder eine Lehre abbrechen. Die Sozialpartnerschaft müsse diesen Umstand aufzeigen, da es sich unsere Gesellschaft nicht leisten könne, diese Generation zu verlieren.

Präsident Kaske mahnt, dass Bildung nicht eine Geldfrage sein dürfe. Um gleiche Chancen für alle zu gewährleisten, sollen Schulbudgets nach sozialen Kriterien zugeteilt werden. Darüber hinaus solle Lernen in der Schule stattfinden und Nachhilfe somit der Vergangenheit angehören.

Einig sind sich die Sozialpartner außerdem darüber, dass der Stellenwert der Lehre erhöht werden muss. Die duale Ausbildung in Österreich stellt eine qualitativ hochwertige Ausbildung dar und ist verantwortlich dafür, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich im internationalen Vergleich sehr gering ist. Präsident Leitl sieht eine der großen Stärken der dualen Ausbildung darin, dass Lehrlinge ein individuelles Coaching erhalten und je nach ihren Stärken und Schwächen individuell gefördert werden. Zur Attraktivierung der Lehre schlagen die Sozialpartner eine Forcierung des Konzepts „Lehre mit Matura“ vor und die vielfältigeren Möglichkeit einer tertiären Ausbildung für Lehrabsolventen.

Für Präsident Kaske ist ein stärkerer Fokus auf die nicht-traditionellen Bereiche notwendig, weil derzeit zu viele Jugendliche in relativ wenigen Bereichen ausgebildet werden.

Präsident Wlodkowski bestätigt, dass auch im Bereich der Landwirtschaft Bildung und Ausbildung immer wichtiger werden. Für die Zukunft sei wichtig, dass sich der Meister in der Landwirtschaft bis 2020 endgültig durchsetzt. Generell habe sich das Bild der Landwirtschaft enorm verändert: Betriebe vergrößern sich und die Landwirtschaft sei stark kapitalintensiv geworden. Was junge Landwirte vor allem benötigen, sei eine höhere Rechtssicherheit. Denn durch populistische Maßnahmen und die Einführung ständig neuer Regelungen sei in der Landwirtschaft, so wie in der Wirtschaft allgemein, ein hohes Ausmaß an Verunsicherung vorhanden, was dazu führe, dass Investitionen ausbleiben.

Beim diesjährigen Bad Ischler Dialog wurde aber nicht nur über „die Jugend“ gesprochen - die junge Generation brachte sich selbst in die Diskussion ein. So konnten sowohl junge Lehrabsolventen als auch Jungunternehmer über ihre ausbildungsbezogenen und beruflichen Erfahrungen berichten, und auch die Vertreter der Zukunftsgeneration der Sozialpartner diskutierten mit den Präsidenten der Sozialpartner ihre Anliegen. Während auf Seiten des ÖGB Sascha Ernszt und Michael Trinko den Verlust an Lehrplätzen und das Fehlen von Qualitätssicherungsmaßnahmen in der dualen Ausbildung beklagen, forderte Markus Roth von der Jungen Wirtschaft mehr Möglichkeiten für zusätzliche Finanzierungsformen in Österreich sowie eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung